Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Mai 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 3.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 121 — Dienstag, 26. Mai 1925 — XXXIII. Jahrg.

Rückzug der Franzosen in Marokko

Plötzliche Friedensstimmen aus Paris — Noch immer keine Nachricht von Amundsen — Sieg der christlichen Listen bei den sächsischen Elternratswahlen

Im Polareis verschollen?

Telegramm unsres Korrespondenten
w. London, 25. Mai

Weder aus Spitzbergen noch aus Skandinavien, noch aus Nordamerika liegt hier bis zur Stunde auch nur eine einzige Nachricht über Amundsen vor. In Amerika herrscht lebhafte Besorgnis um die Nordpolflieger. Nach einem New-Yorker Telegramm nimmt man dort bestimmt an, daß ihre Pläne fehlgeschlagen sind, da sie sonst spätestens binnen dreißig Stunden zurückgekehrt wären. Amundsen hat amerikanischen Blättern zufolge vor drei Wochen erklärt, er werde unter keinen Umständen nach Alaska weiterfliegen. Man glaubt daher, daß er versuchen werde, über das vereiste Meer nach Grönland zu gelangen.

*

Wachsende Unruhe

B. Berlin, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht)

Funkmeldungen vom Bord der „Fram" vom Sonnabend nachmittag berichten von einem Schneesturm, über den alle Mitglieder der Expedition erschreckt gewesen seien. Die „Hobby", die die Nordküste von Spitzbergen bis zum Biscayerhook abgesucht hatte, hat keine Spur von den Fliegern gefunden. Am Sonntag hat der Schneesturm aufgehört und die Wetteraussichten waren besser. Nach Auffassung der Meteorologen herrscht über dem Polarbecken immer noch gutes Wetter, das aber bald sein Ende erreichen wird. Wenn das schlechte Wetter die beiden Hilfsschiffe erreichte, so würden sie ihren Standpunkt verlassen müssen, den sie bis jetzt nach Amundsens Instruktionen einnehmen. In Oslo veröffentlicht man eine Erklärung, die Amundsen vor dem Start abgab: „Ich will nur ein paar Tage abwesend sein. Auf jeden Fall werden wir dafür sorgen, daß unsre Maschinen voneinander nicht getrennt werden. Wenn es sein muß, werden wir zurückkehren, ohne die Landung vorzunehmen. Denn aus einer Höhe von tausend Fuß, in der wir fliegen, können wir alle notwendigen geographischen Beobachtungen vornehmen." In der norwegischen Presse wird darauf hingewiesen, daß Amundsen nur für zwei Stunden mehr Brennstoff an Bord habe, als der Flug nach dem Nordpol hin und zurück beanspruche. Bei starkem Gegenwind könne also der Benzinvorrat knapp werden.

*

Französische Vorwürfe gegen Amundsen

Telegramm unsres Korrespondenten
ch. Paris, 25. Mai

Die Nordpolexpedition Amundsens findet im „Matin" heute eine sehr scharfe Kritik. Von einer Seite, die wahrscheinlich dem ganzen Unternehmen abgeneigt gegenübersteht, wird erklärt, daß man Amundsens Flug zum Nordpol als ein Abenteuer ansehen müsse. Wahrscheinlich werde, falls Amundsen mit dem Leben davonkommen sollte, die Rückreise vom Nordpol ein Jahr dauern. Der Fachmann des „Matin" machte dem Nordpolflieger Amundsen den Vorwurf, daß er sich der drahtlosen Telegraphie überhaupt nicht bedient habe und sich von der zivilisierten Welt gänzlich losgerissen habe, um sein kühnes Experiment zu probieren.

Innenpolitischer Kurswechsel?

Von Richard Bahr

Die Deutschnationalen haben sich als Minister der Republik bislang als äußerst zurückhaltende Männer gezeigt. Vorsicht schien ihr erst Gebäute. Anordnungen, zu denen jeder volksparteiliche, demokratische oder Zentrumsminister ohne weiteres sich verstanden hätte, unterblieben, weil die Herren immer wieder erklärten: das können wir, gerade wir, nicht machen. Der Erziehungsprozeß zum Staat, der ist, schien vollendet, noch ehe er recht begonnen hatte. Zum erstenmal am Tage vor Himmelfahrt hat der deutschnationale Innenminister Schiele bei der Beratung seines Etats im Ausschuß eine Rede gehalten, aus der ein paar verdächtige Töne herausschrillten. Im Reichstage lagert eine Anzahl von Anträgen auf Verfassungsrevision. Zu denen hat Herr Schiele als zuständiger Ressortchef sich geäußert, und seine Freunde in der Presse haben behauptet: es sei eine Programmrede gewesen.

Was ist das Programm des deutschnationalen Ministers? Das Wahlalter soll heraufgesetzt werden. Darin sind vermutlich alle einsichtigen Leute einer Meinung. Als die Verfassung geschaffen wurde, erhitzten sich, Doktrinäre von Tradition und Beruf, die Sozialdemokraten für das Wahlrecht der Säuglinge. Inzwischen haben sie wohl genugsam erfahren, wie die Praxis, gerade in diesen Stücken, sich gegen sie kehrt. Und von ein paar heillos Verrannten abgesehen, die allen Ernstes raten, doch lieber den Sechzig- und Mehrjährigen das Wahlrecht zu entziehen (warum sie nicht gleich totschlagen?), wird über die Heraufsetzung des Wahlalters heute wohl auch mit der Sozialdemokratie sich reden lassen.

Das wäre immerhin eine leise Rückkehr zur Vernunft. Der Anfang einer Entpolitisierung wenigstens der Hörsäle und Schulklassen. Die Wahlreform, die wir brauchen, bedeutete es noch nicht. Wir leiden an den zu großen Wahlkreisen, an der Verknüpfung von Listenwahl und Proporz, die das Wahlgeschäft in Wahrheit dem Volke genommen und es zu einer Angelegenheit der Parteibureaukratie und -maschinerie gemacht haben. Aber just in dem Belang scheint der Herr Minister keine Abhilfe zu besinnen. Jedenfalls hat sein Parteifreund Schlange (Schöningen) mit bemerkenswerter Eilfertigkeit versichert, daß die Deutschnationalen keine Aenderungen wünschten.

Wirklich liegen die Dinge hier auch am schwierigsten. Wer heute im Reichstage sitzt, tut das auf Grund dieses Systems. Wir wissen zwar alle, daß es je länger je mehr das Niveau des Parlaments vollends herabdrücken muß. Daß es schlechthin unmöglich ist, mit ihm, gerade weil es theoretisch so „gerecht" ist, zu festen Mehrheitsverhältnissen zu kommen. Aber kann man von dem beata possidens verlangen, daß er die Leiter, auf der er emporklomm, und auch fürder emporzuklimmen hofft, hinter sich verbrennt?

Der Fall ist schon einigermaßen hoffnungslos. Herr Schiele wird sich an populäreren Fragen versuchen. Er will, den Anregungen seiner Parteifreunde folgend, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern bessern und einer „gesunden Dezentralisation" vorarbeiten. Wer möchte das nicht! Sicher ist, wenn schon nicht gerade von Verfassungs wegen, in den ersten Jahren nach der Staatsumwälzung zu zentralistisch verwaltet worden. Es ist nicht nötig, daß Berlin alles an sich reißt. Aber wo hört die gesunde Dezentralisation auf und wo fängt die ungesunde an?

Herr Schiele hat sich auf die Vorschläge der bayrischen Denkschrift berufen, die vom Bismarckschen Reich deklamierte und den Zustand von und nach 1648 meinte. Hat auch von der Notwendigkeit einer Abgrenzung der Kompetenzen geredet, die der „geschichtlichen Entwicklung" entspräche. Geschichtliche, auch wohl organische Entwicklung ist ein Schlagwort aus dem Bannkreis der historischen Rechtsschule und der Romantik, das Gutes wie Schlechtes bezeichnen kann. Auf staatlichem Gebiet hat die geschichtliche Entwicklung die Deutschen in das Elend der Kleinstaaterei hineingeführt, das selbst Bismarck erst nach drei erfolgreichen Kriegen zu überwinden vermochte. Die Stützen aber, die er für seinen Reichsbau verwenden konnte und mit erlesener, psychologischer Kunst verwandt hat, sind nicht mehr. Wohl oder übel wird das republikanische Deutschland etwas straffer, zentralistischer gefügt sein müssen, als es das monarchische, der ewige Bund deutscher Fürsten und freier Städte, zu sein brauchte.

Schließlich hat der Herr Reichsinnenminister denn auch noch in etwas dunklen Wendungen von dem Erfordernis gesprochen, den unseligen Flaggenstreit zu beenden. Wer, der die letzte Wahlkampagne schaudernd miterlebt hat, möchte ihm darin widerstreiten? Es geht schlechterdings nicht an, daß wir noch einmal im Zeichen der weißen und der roten Rose das Volk an die Urnen treiben und zwei an sich ehrwürdige Fahnensymbole, in Siedehitze fiebernd, umschichtig in den Kot zerren. Aber wenn, wie Herr Schiele offen zugibt, auf parlamentarischem Wege die Frage nicht zu lösen ist, wie dann? Ein Volksentscheid? Gut. Aber was würde so sich ändern? Würden dann nicht gleichfalls alle Parteileidenschaften aufgewühlt und bliebe, wie immer das Ergebnis ausfiele, in den Ueberstimmten nicht das bittere Gefühl der Niederlage?

Nicht neues Recht brauchen wir, sondern allem zuvor Beruhigung. Die aber wird sich nur einstellen bei einer Entscheidung, die keine Sieger und keine Besiegten kennt. Herr Schiele ist, wie wir zu wissen glauben, von besonnenen Männern aus seiner Umgebung gemahnt worden, die Flaggenfrage nicht jetzt schon aufzurühren, die Erregung der viel zu vielen Wahlschlachten erst einmal abklingen zu lassen und es mit einem Mittelweg, wenn man so will, einem Provisorium, zu versuchen, das beide Flaggen als gleichberechtigt nebeneinander stellte. Herr Schiele ist dieser Mahnung ausgewichen. Soll man sagen, daß, wie schon bei dem dann gottlob glücklich verlaufenen Einzug des Reichspräsidenten in Berlin, die Einflüsse der Parteifreundschaft bei ihm stärker gewesen sind als die eigene staatsmännische Einsicht?

Die Verfassung von Weimar, der Demokrat Fischbeck hat es in der nämlichen Ausschußsitzung bekannt, ist kein Dogma. Die Liberale Vereinigung, die Demokraten wie Volksparteiler zu ziemlich gleichen Prozentsätzen umschließt, ist sogar mit zu dem Zwecke gegründet worden, eine zeitgemäße Revision der Verfassung zu betreiben. Handgreifliche Mängel, über die sich ein consensus omnium, eine allgemeine Uebereinstimmung unter den verständigen Leuten aller oder der meisten Parteien erzielen läßt, soll man abstellen. Was nicht unbedingt dringlich ist, aber, wird man ruhen lassen müssen. Selbst dann, wenn die eigene Partei noch so stürmisch es fordert. Oder besser: dann erst recht.

Auf dem Marsche gegen Fes

Die Erfolge Abd el Krims — Wachsende Lasten für den französischen Steuerzahler

Vor kurzem ging eine scheinbar vom Quai d'Orsay inspirierte Notiz durch die Presse fast aller europäischen Länder, die vor angeblichen Sensationsnachrichten aus Marokko warnte und den günstigen Fortgang der Operationen Lyauteys gegen Abd el Krim hervorhob. Die Tatsachen haben nun diese Notiz, die unglaublicherweise die europäische Presse einer Verletzung der Pflicht wahrheitsgemäßer Berichterstattung zieh, gründlich widerlegt. Die französische Armee befindet sich zur Zeit auf dem Rückzuge, und in der französischen und englischen Presse tauchen bereits wieder die aus dem Weltkriege so wohlbekannten Berichte über die „erfolgreichen Rückzugsaktionen" auf. Wer noch skeptisch ist, den wird folgender offizielle Heeresbericht aus Marokko wohl überzeugen, wie schwierig die Lage der französischen Armee geworden ist:

× Paris, 23. Mai. Havas verbreitet folgende Mitteilung aus Rabat: Trotz der Schlappe, die die Rifleute im Verlaufe der Kämpfe mit den Abteilungen Freydenbergs und Cambays erlitten haben, sieht man voraus, daß Abd el Krim seine Offensive fortsetzen wird. Die französischen Abteilungen haben sich, nachdem sie die vorgeschobenen Posten im Ouergha-Gebiet, die mit der Ueberwachung und dem Schutze der Wege nach Fes betraut sind, reorganisiert und verproviantiert haben, zurückgezogen.

Man richtet sich in Paris jetzt auf einen längeren und sehr kostspieligen Feldzug ein, was natürlich im Finanzministerium schwere Besorgnis hervorruft und die Stellung des jetzigen Kabinetts zu untergraben beginnt. Heute wird eine große Debatte über die Marokko-Interpellation der Sozialdemokraten in der französischen Kammer stattfinden. Die Schlappen der französischen Armee in Marokko haben natürlich der Deutschenhetze neue Nahrung gegeben. Immer wieder wird in der Pariser Presse angedeutet, Deutschland werde die Gelegenheit wahrnehmen und einen Vorstoß am Rhein unternehmen.

Die Blätter verdächtigen natürlich die Deutschen auch weiterhin, Abd el Krim Kanonen, Flugzeuge, Apparate für die drahtlose Telegraphie und ähnliches zu liefern. Ferner sollen deutsche Instrukteure die Truppen Abd el Krims im Bau von Schützengräben und in der europäischen Kriegführung unterrichten. Die Tendenz derartiger Behauptungen, für die natürlich niemals auch nur der Schein eines Beweises erbracht wird, ist durchsichtig. Man versucht damit, Deutschland für die großen Aufwendungen an Geld und Menschenleben in Nordafrika vor der öffentlichen Meinung indirekt verantwortlich zu machen und ihm die Absicht zuzuschreiben, Frankreichs Interessen in Afrika zu schädigen.

*

Kritische Lage des Kabinetts

Telegramm unsres Korrespondenten
ch. Paris, 25. Mai

Der französische Riffkrieg tritt heute in ein ernstes politisches Stadium. Der Zusammentritt der Kammer wird dem Kabinett Painlevé große Schwierigkeiten bereiten, denn innerhalb der Parteigruppe des Linkskartells sind tiefe Gegensätze bezüglich der Behandlung des marokkanischen Krieges entstanden. Die sozialistischen Vertreter stehen auf dem Standpunkt, daß jede Verhandlung mit Spanien über das Vordringen französischer Streitkräfte in die spanische Zone (Val. die Nachrichten in der letzten Ausgabe der Dr. N. N. D. Red.) mit sozialistischen und demokratischen Grundsätzen unvereinbar sei. Die Sozialisten dringen auf Frieden. Die Allgemeine Arbeitervereinigung wird in den nächsten Tagen Kundgebungen für rasche Beendigung des Krieges veranstalten. Der Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitervereinigung, Jouhaux, veröffentlicht in dem französischen Organ der Sozialisten, „Le Peuple", einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß der Krieg gegen Abd el Krim nicht zu einem Verfolgungs- und Unterdrückungskrieg ausarten dürfe. Die Schwierigkeiten der Aktion Frankreichs sind auch in finanzieller Hinsicht nunmehr deutlich zu verspüren. Die Kosten des Krieges steigen von Tag zu Tag, und zwar deshalb, weil ununterbrochen neue Streitkräfte nach dem Kriegsschauplatz befördert werden müssen. Infolgedessen befürchtet man in Kartellkreisen eine weitere Erschwerung der Finanzlage. Selbst der „Matin" ist unsicher geworden. Sowohl in einem Bericht aus Fes als auch in einem Leitartikel des marokkanischen Sachverständigen Raynaud wird heute erklärt, daß es am besten wäre, sich so bald wie möglich mit Abd el Krim zu verständigen. Der Sachverständige Raynaud schreibt folgendes:

„Es ist ausgeschlossen, daß wir mit Abd el Krim zu einem Frieden gelangen, wenn wir ihm nicht das fruchtbare Gebiet am Uergha-Fluß überlassen, und zwar gegen bestimmte Friedenssicherungen, die er unsrer Sicherheit geben muß. Die Riffstämme sind genötigt, von dem fruchtbaren Gebiet Gebrauch zu machen. Sie werden sich so lange mit uns schlagen, bis wir ihnen das gewähren, was sie zum Leben brauchen. Wir wollen die Riffstämme nicht vernichten. Wir wollen auch Abd el Krims Position nicht vollständig zerschlagen, denn wir wissen, daß er bei seinen Stämmen großes Ansehen genießt. Wir sind eventuell bereit, Abd el Krim eine Autonomie zu gewähren, soweit sie mit dem Interesse Frankreichs vereinbar ist. Eine Verlängerung des Krieges wäre sowohl für die Riffstämme als auch für Frankreich sehr nachteilig. Was Spanien betrifft, so würde es unter den gegebenen Umständen gezwungen sein, sich ebenso gegenüber Abd el Krim zu verhalten, wie wir selbst. Wir wollen nicht unsre Positionen aufgeben, aber den Versuch machen, uns mit dem uns feindlichen Sultan zu verständigen."

Der Berichterstatter des „Matin" in Fes meint, es wäre nun Zeit, an eine friedliche Vermittlung zu denken. Die Nachrichten über die friedliche Stimmung im Hauptquartier des Marschalls Lyautey stimmen freilich nicht überein mit den umfangreichen Verstärkungen und mit den Offensivplänen, die gegenwärtig in Vorbereitung sind. Der „Petit Parisien" bringt eine ausführliche Schilderung über die massenhaft eintreffenden Bombardierflugzeuge, und General Daugan, der die Oberleitung der Operationen übernommen hat, ist ein Spezialist im marokkanischen Krieg und bekannt durch die äußerst scharfe und brutale Kriegführung, die er bereits während des europäischen Krieges bei dem Kampf gegen aufständische marokkanische Stämme zeigte. General Daugan verfügt jetzt über sehr beträchtliche Streitkräfte. Er wird im Osten der Front einen Vorstoß gegen Abd el Krims Truppen versuchen, um dadurch zu erreichen, daß die auf Fes vormarschierenden Riffstämme aufgehalten und vielleicht vernichtet werden.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250526/1